

Dresdener Nachrichten

Frank's Condensed Milk
Beste Kindermilch
Produktions-Milch
Biedersteiner Molkerei
Biedersteiner Hof

42. Jahrgang.

Curt Heinsius Kgl. Hoff.
Dresden-N., Kurtfürststr.
Ecke Theaterstr., Fernspr.-A. 11, 2100.
Neujährliche Garantie.
* Mal prämiert, 50,000 Stück in Funktion,
Königsprobe.

Geräuschlose Thüreschliesser.
Mit doppelter Luftdichtung.
Gewaltloses Schließen schädlos.

Telegr.-Adresse:
Nachrichten, Dresden

Closets & Badeartikel
In größter Auswahl billigst!
Friedrich Gappisch
Dresdener Hof
Dresden-A., Marienstr. 11.
gegenüber 3 Fabrik.
Fabrik: Fließhofsplatz.

C. Heinrich Barthel
Neueste Modelle
Waisenhausstr. 30, Fernspr. I, 3390.

Gummischuh-Reparatur!
Für Händler! Für Reparatur!
Reinhardt Leupolt, Dresden-A.

Neuheiten
Photogr.-Albums, Damentaschen, Portefeuillewaaren
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3.

„Perfectio“, M.H. Wendschuch sen., Marienstr. 22

Dr. med. Wolfmann's Patent-Bruchband, unerreicht an Sitz u. Wirkung u. ein Segen für jeden Bruchleidenden. Alleinverkauf bei
Fürst Bismarck und das Wahlrecht. Hofnachrichten, Landeslotterie, Pariser Ausstellung, Rhythmische Bitterung: Trübe, nach
Nr. 304. Spiegel: Regimentsjubiläum, Ressource der Kaufmannschaft, Kammermusik-Vereinigung.

Fürst Bismarck und das Wahlrecht.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Fast überall begegnet man der Auffassung, daß, wenn es gelänge, aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht zum deutschen Reichstag den Modus der geheimen Stimmabgabe zu beseitigen, damit der Sozialdemokratie ein sehr hoher Prozentsatz ihrer Wähler entzogen würde. Wir halten diese Annahme für berechtigt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Zahl Derjenigen, welche, ohne wirklich Sozialdemokraten der Gesinnung nach zu sein, aus allgemeinem Mißvertrauen über ihre Lage unter dem Schutze der geheimen Abstimmung für die sozialistischen Kandidaten stimmen, nur um ihrer Unzufriedenheit den drastischsten Ausdruck zu geben, mindestens 10 Prozent der Stimmen repräsentieren, welche der sozialistische Bewerber überhaupt erhält. Aber nicht nur diese „Mittläufer“ der Sozialdemokratie, oder doch wenigstens der größte Teil derselben, würden bei öffentlicher Abstimmung von derselben losgelöst werden, sondern wahrscheinlich auch noch weitere 20 oder 30 Prozent derjenigen bisher sozialistischen Wähler, welche zwar dem Arbeiterstande angehören, aber ebenfalls nur unter dem Dementale der geheimen Stimmabgabe für die sozialistischen Kandidaten votieren. Eine Fälschung und Ungerechtigkeit läge bei Abschaffung der geheimen Stimmabgabe weder in Bezug auf die erste, noch auf die zweite der bezeichneten Kategorien von Wählern vor. Bei der ersten würde einfach grobem politischen Unfug gesteuert werden, bei der letzteren aber wäre auf Beschwerde entgegenzuhalten, daß es ein naturgemäßes Korrelat des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts sei, die Öffentlichkeit der Stimmabgabe zu verlangen. Wenn das für den deutschen Reichstag geltende Wahlrecht die demokratischen Forderungen schon so weit verwirklicht, daß es die laien überall im bürgerlichen Leben geltenden Unterschiede nach Besitz und Bildung bei dem wichtigsten Akte des politischen Lebens, bei der Wahl zum Parlamente aufhebt und bei dieser Abstimmung über die Grundzüge, nach denen der Staat regiert werden soll, der Stimme des ungebildeten Mannes so viel Gewicht beilegt, wie der des Ministers, so ist es doch eine sehr berechtigte Forderung, daß Derjenige, der dies Recht für sich in Anspruch nimmt, wenigstens den Muth haben muß, seine Ueberzeugung persönlich durch öffentliche Stimmabgabe bei der Wahl zu vertreten. Der Ansicht, daß die Abschaffung der geheimen Stimmabgabe der Wahlbeeinflussung Thüre und Thor öffnen würde, können wir ein ausschlaggebendes Gewicht schon deshalb nicht beilegen, weil die Sozialdemokratie jetzt unter dem Schutze der Geheimabstimmung einen Wahlerfolg ausübt, zu welchem der künftige etwa mögliche in gar keinem Verhältnis stehen würde. Wir glauben, daß die Arbeitgeber sich im Ganzen wenig geneigt zeigen würden, ihre Arbeiter zur Wahl in einem ihnen genehmen Sinne unter Androhung von Stellenverlust und dergl. anzuhalten, obwohl wir es nicht einmal für so ungerecht halten würden, wenn eine solche Beeinflussung innerhalb vernünftiger Grenzen und gleichsam als Korrektiv gegen die sozialistische Beeinflussung stattfände. Außerdem könnte man ja einen Schutz gegen zu weitgehende Einflüsse dadurch erreichen, daß man nach Analogie des § 109 des Reichsstrafgesetzbuchs nicht bloß den Stimmenkauf, sondern auch diejenige Wahlbeeinflussung unter Strafe stellte, welche mutatis mutandis etwa die Merkmale des Strafrechtlichen Begriffs der Nötigung aufweise.

Wir haben Grund zu der Annahme, daß Fürst Bismarck, den man allgemein als den „Vater“ des jetzigen Reichstagswahlrechts bezeichnet, parallel denkt und einer Beseitigung der geheimen Stimmabgabe zustimmen würde. Dieser Modus ist überhaupt nicht aus seiner Initiative hervorgegangen, sondern erst durch den Reichstag in die Regierungsvorlage, die sie nicht enthielt, hineingebracht worden, und zwar durch den Antrag Fries. Die Vereinfachung der Abstimmung bildete keinen Bestandteil des Regierungsentwurfs, sonst hätte dieser Antrag, der sie statuierte, keinen Sinn gehabt und er würde nicht gestellt worden sein. Daß die Regierung darauf einging, beruhte auf Gründen der auswärtigen Politik. Man muß sich in die damalige Zeit zurückverfolgen. Daß die Ermangenschafter von 1866 in einem Kriege gegen Frankreich, das unangekündigt für sich Rovanco pour Sudova verlangte, auf dem Spiele standen, war für jeden verständigen Politiker zweifellos. Aber nicht bloß Frankreich kam in Betracht, sondern die damaligen Verhandlungen zwischen Frankreich und Oesterreich-Ungarn, der Besuch des Kaisers Napoleon in Salzburg und die Andänglichkeit Victor Emanuel's an Napoleon bildeten Symptome für die Möglichkeit eines schweren Krieges zur Verteidigung der neu gewonnenen Einheit. Wir erinnern uns, daß der damalige Ministerpräsident v. Bismarck gesagt hat: „Wir werden für Schleswig-Vollstein so gut wie für Schlesien den ersten schlesischen Krieg führen müssen und es ist sogar möglich, daß dem ersten und zweiten schlesischen Kriege eine Koalition wie die Rannich'sche des siebenjährigen Krieges folgen wird.“ Die Stimmung Oesterreichs war damals noch schwerer verurtheilt nach dem Kriege, und im Kampfe gegen den gleichzeitigen Möglichen blieb, nachdem man es längst ausgegeben hatte, auf englischen Beistand zu rechnen, für die preussische Regierung das letzte Ausnahmismittel immer die volle Unterstützung der deutschen Nationalität und ihres Einverständnisses mit den gewonnenen neuen Einrichtungen. In einem ähnlichen Artikel

der „Hamburger Nachrichten“ finden wir in dieser Beziehung folgende Ausführungen: „Die Voraussicht künftiger Kriege mußte notwendig die preussische Regierung ermahnen, die nationale Stimmung für sich im weitesten Umfange zu gewinnen und jede Abschwächung derselben zu vermeiden. So ist diese Kriegs- und Koalitionsbefürchtung das Hauptmotiv der Nachgiebigkeit der preussischen Regierung allen liberalen Forderungen gegenüber gewesen, auch in Bezug auf das Wahlrecht. Man erinnert sich, daß auf die ultimatischen Forderungen Benedetti's in den Jahren 1866/67 Graf Bismarck antwortete: „uno guerra nazionale entre los deux nations pourrait facilement dégénérer en guerre à coups de révolutions und daß den Volksbewegungen gegenüber Napoleon weniger festhalten würde als die deutschen Fürsten. Es war also als ultima ratio auch die nationale Volksbewegung in Aussicht genommen und ihre Möglichkeit mußte gesichert und gewahrt werden.“ Aus diesen zweifellos vom Fürsten Bismarck selbst herrührenden Ausführungen des Hamburger Blattes geht hervor, daß die Zustimmung der Regierung zur Aufnahme der geheimen Abstimmung in das deutsche Reichstagswahlrecht nicht darauf beruhte, daß Graf Bismarck diesen Abstimmungsmodus billigte, sondern daß sie lediglich der Erwägung entsprang, die Situation, wie sie damals bestand, erforderliche dringend, jedes Mittel, das sich zur inneren Befestigung des Norddeutschen Bundes im Volksbewußtsein, sowie zur Erweckung von Sympathie und Anschlussbedürfnis jenseits der Mainlinie in Süddeutschland sorgfältig zu benutzen, einzusetzen oder es allen Anforderungen, die man stellen konnte, entsprach oder nicht. Damals war der Gedanke maßgebend, daß Deutschland vor allen Dingen nach außen zu sichern und daß die deutsche Nation intelligent und selbstbewußt genug sei, um sich, sobald sie von außen angegriffen blieb, nach ihrem eigenen Ermessen einzurichten. Es bestand die Ueberzeugung, ein Volk wie das deutsche, wenn es zu der Erkenntnis gelange, daß bei der Gründung des Reiches ihm nicht zuzugende Einrichtungen unter dem Druck der Umstände mit übernommen seien, werde klug und besonnen genug sein, sie nach eigenem Ermessen zu verbessern. Wenn die große Majorität der gebildeten und besonnenen Deutschen mit dem Fürsten Bismarck zu der Erkenntnis gelangt ist, daß die geheime Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen — wie sie ihrer Natur nach, gleich allen Heimlichkeiten in der Politik, das germanische Selbstgefühl zum Widerstand reizt — thatsächlich von nachtheiliger Wirkung schon deshalb gewesen ist, weil in der Vorherrschaft der Heimlichkeit schon eine Warnung des Arbeiters gegen den Einfluß seines Arbeitgebers und insofern schon eine Erweckung von Mißtrauen zwischen Beiden liegt — weshalb wollen wir sie aufrecht erhalten, weshalb erfolgt nicht ein parlamentarischer Antrag auf ihre Beseitigung? Die nächsten Reichstagswahlen würden sehr erheblich anders ausfallen, als dies jetzt zu besorgen steht, wenn es nicht nur gelänge, das schädliche Kartell auf sie zu übertragen, sondern auch bis dahin die jetzige geheime Abstimmung durch eine andere zu ersetzen. Die Aufgabe mag nicht leicht sein dem jetzigen Reichstage gegenüber, aber es sind schon schwierigere gelöst worden, es kommt nur darauf an, daß die Sache mit vollster Energie und mit geschickten Händen angefaßt wird.

Fernschreib- und Fernsprecht-Berichte vom 1. November.

Berlin. Der Kaiser, welcher beabsichtigte, noch heute Abend das Offizierslager des Garde-Rittmeister-Regiments in dessen neuem Kasino zu besuchen, hat auf die Nachricht von dem Ableben eines ehemaligen Adjutanten v. Bülow, Generalmajor und Kommandeur der 21. Kavallerie-Brigade in Frankfurt a. M., welcher mit dem Verbleibe tödtlich erkrankt ist, seinen Besuch für heute abgesehen lassen. — Der Kaiser trifft am nächsten Montag früh in Hirschberg ein, besichtigt die Stadt und die vom Hochwasser hart betroffenen anderen Stätten. Nach einstündigem Aufenthalte erfolgt eine Wagenfahrt im Gebiet des Jodens, des Wiersdorfer Wassers und der Pommitz bis hinauf nach Bräunsberg. — Die Militärstrafprozessreform wird im Laufe dieser oder nächster Woche das Plenum des Bundesraths wieder beschließen und voraussichtlich ohne weitere Schwierigkeiten in der vom Ausschusse vereinbarten Form angenommen werden. Die Frage, ob betreffs des obersten Gerichtshofes ein Referatrecht bei uns besteht oder nicht, wird der richterliche Ausschuss dem Reichstage vorgelegt werden. Der Reichstag wird also die Bestimmung hierüber vor der Hand aus dem Gesichtswurde entfernt worden ist. Man könnte demgemäß annehmen, daß die Vorlage in jener Fassung an den Reichstag gelangen werde und auch dort eine Mehrheit finden dürfte. Der „Nationalzeitung“ zufolge ist das Prinzip der Öffentlichkeit in dem Entwurfe ausgesprochen. Ausnahmen sind allerdings in dem Entwurfe vorgesehen als im Strafverfahren der Zivil- und strafgerichtlicher Art vorgesehen, so daß vor einem anderen Gerichte von Neuem verhandelt werden muß, ist nicht beibehalten. Insofern würden die gerichtlichen Urtheile also empfindlich sein. Ueber eine kriegsgerichtliche Minderzahl, welche dennoch nach dem Abschlusse des Verfahrens angeklagt eintreten soll, sind verschiedene Versionen verbreitet. — Der preussische Kunstverein hielt gestern seine Jahresversammlung ab, die 149 Original-Deigemälde gestern keine Gemälde befinden sich der Kaiser und die umfange. Unter den Gemälden von Sachsen, Preußen, Rumänien, die Kaiserin, die Könige von Sachsen, von Belgien, von Bulgarien, Großherzöge von Baden und Württemberg, der Fürst von Bulgarien und Andere. Der König von Sachsen gewann eine Handcart von Rouffey nach einem Ritts auf dem Meißner. — Der Unterstaatssekretär im preussischen Handelsministerium Bohmann erhielt das Kommando der 1. Klasse des Königl. Schiffs „Albatross“. — Die durch unerschöpfliche Gelangenshaltung eines deutschen Reichsangehörigen durch die baltische Behörde zwischen Deutschland und der Rigaer Republik Ostl. ausgebrochene Differenz ist durch Entlassung des betreffenden Deutschen aus der Haft beendet.

beigelegt. Dem New-York Herald ging über den Streitfall auf

Vor-ans-Bericht eine Meldung zu, derzufolge dort drei deutsche Kriegsschiffe erwartet würden, um die baltische Regierung zu nötigen, die von dem deutschen Vertreter Grafen Scherwin gestellte Forderung um Schadloshaltung für die gezwungene Verhaftung und Einbürgerung eines deutschen Unterthanen zu erfüllen. Die Regierung habe dies verweigert. Graf Scherwin's Drohung hätte eine derartige Aufregung verursacht, daß er gezwungen gewesen wäre, die deutsche Flagge einzuziehen, das Gefandtschaftsgebäude zu verlassen und die Flucht zu ergreifen, um dem Lynchen zu entgehen. Nach anderweitigen Verhandlungen hat Graf Scherwin einfach die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. — Der schon seit langer Zeit sich abspielende Verhandlungsprozess des Reichsgerichts a. D. Stöcker gegen den Reichstagsabg. Treiberen v. Stamm kommt morgen vor dem Schöffengericht zu Neufurth zur Verhandlung. Am 26. April 1896 hielt Treiberen v. Stamm vor seinen Wählern in Neufurth eine Rede, in der er die kritisch-sozialistische Agitation als noch viel gefährlicher als die sozialdemokratische bezeichnete. In dieser Rede soll Herr Stöcker beleidigt sein. Wegen die Beleidigung der Ausstellung für Nahrungs- und Genussmittel sind zahlreiche Beschwerden eingegangen. Eine große Anzahl von Anstellern ladet zu einer Protestversammlung am Mittwoch Nachmittag ein.

Berlin. Der Generaladjutant des Kaisers, Generalmajor von Blesien, veröffentlicht auf Allerhöchsten Befehl und im Namen des Kaisers. Hauptquartiers folgenden Nachruf: „In bezugenerener Nacht verstarb zu Darmstadt infolge eines schweren Sturzes mit dem Pferde auf der Jagd der König. Generalmajor Adolf v. Bülow. Flügeladjutant dreier Kaiser, war der Vereingewirte ein Mann, dessen selten feiner Charakter, dessen Treue, dessen Beharrlichkeit ihm das reichhaltigste Vertrauen vom obersten Kriegsherrn bis zum jüngsten Untergebenen erworben hat. Seine Begabung, sein taktischer Geist und seine ablehnende Passion für seinen Beruf machten ihn zu einem General, auf welchen für die schwersten Aufgaben zu zählen war. Lange Jahre persönlicher Adjutant bei Sr. Majestät vor Antritt der Regierung, betrauten Allerhöchstdieselben in dem Entschlusse einen modernen General, welchem sein Kaiser und König über das Maß hinaus ein tiefes, bonitätsreiches Gedächtnis bewahren wird.“

Kiel. Infolge Beschädigung der Eisenbahnbrücke über den Kaiser-Wilhelm-Kanal durch Anstoßen eines Schiffes ist die Strecke St. Margarethen-Ebbelst. unbenutzbar. Dort wird der Personenverkehr durch Umsteigen an der Brücke aufrecht erhalten.

Lüben. Bei der Schiffsahrt der Offiziere des hiesigen Dragoner-Regiments führte der Regimentskommandeur v. Treskow mit seinem Pferde und wurde schwer verletzt aufgehoben. Die Ärzte hoffen auf Wiederherstellung des Verunglückten.

Stuttgart. Auf Einladung des Vereins süddeutscher Baumwoll-Industrieller fand heute hier eine allgemeine Beherverversammlung statt, zu welcher auch sächsische Vertreter erschienen. Es wurde festgestellt, daß bisher fast ausnahmslos Arbeitsbeschränkungen bis zu 35 Proz. durchschnittlich 15 bis 17,5 Proz. hatten, infolge dessen sich Läger nicht bildeten. Trotzdem waren die Verkaufsbereiche gedrückt, das trotz der außerordentlich billigen Baumwollpreise sich ein schwerer Verlust ergab. Die Versammlung sah daher die Mittel zu einer Beschränkung in einer weiteren Einschränkung und beschloß mit überwiegender Mehrheit, die leiberrige Einschränkung nicht nur beizubehalten, sondern dieselbe je nach den Verhältnissen der einzelnen Industriellen während der nächsten Monate noch um 5—10 Proz. zu vergrößern.

Hann. Der Abg. Dr. Veber wurde am Bahnhof von der Gemeindevertretung, Mitgliedern aller deutschen Vereine und einer riesigen Menschenmenge erwartet und mit stürmischen Hoch- und Beifall begrüßt. Der Bürgermeister dankte Herrn Dr. Veber für seine Parlamentsrede und überreichte ihm einen Kranz. Veber wurde, nachdem er gedankt hatte, von einigen Verehrern auf den Schultern zum Bogen getragen.

Hankfirchen. In der Renegerte Kocza wurden die drei Geschwister Kocza während der Produktion im Tagerfang von einem Tigerweibchen lebensgefährlich verletzt. Sie konnten noch lebend den Käfig verlassen.

Yandau (Biala). In der Nacht zum Sonntag fuhr der Schneepflug Pale-Sohn auf eine Anzahl leerer Güterwagen. Dabei wurden vier Güterwagen zertrümmert und die Maschine erheblich beschädigt. Ein Rangiermeister wurde schwer verletzt, sonstige Verletzungen von Personen sind nicht vorgekommen.

Petersburg. Der Reichsanwalt der Raphtaquellen in Baku hat 29 Verhöre vernichtet. Der Schaden beträgt viele Millionen. Der Brand ist nach 14tägiger Dauer jetzt als erloschen anzusehen.

Havana. Vor seiner Abreise nach Spanien stattete General Venier dem Marschall Blanco einen Besuch ab und übergab ihm die Regierungsgewalt. Marschall Blanco richtete an die Cubaner eine Proklamation, in der es heißt, die Regierung habe von gutem Willen und besten Hoffnungen erfüllt, ihn beauftragt, Reformen vorzunehmen und eine Selbstregierung einzuführen unter Aufrechterhaltung der Souveränität Spaniens. Er, Blanco, werde der Dolmetscher der Regierung sein, indem er eine Politik weitgehender Gerechtigkeit und des Befriedens befolgen werde. Er hoffe auf die Unterstützung aller Bürger, er werde alle diejenigen schützen, welche dem Gehege geborchen, aber die volle Strenge der Waffengewalt den Unantbaren und Widerspenstigen fühlen lassen, die die Schrecken des Krieges noch zu verlängern suchen sollten. Marschall Blanco richtete ebenso eine Proklamation an die Truppen. Nach seiner Ankunft im Balais empfing der Marschall verschiedene Abordnungen, darunter eine der Autonomen, welche herzutraf, sie freute sich der Ankunft eines so vortrefflichen Gouverneurs und hoffe, Dank der Autonomie werde die Morgenröthe des Friedens dem Kriege folgen. Marschall Blanco dankte für die patriotischen Worte und erklärte, er wolle besonders auf die Unterstützung aller Fremde der Selbstverwaltung.

An der heutigen Berliner Börsen zeigte sich sehr lebhaftes Realisationsangebot, namentlich waren Renten und Bergwerke offeriert. Die Gesamtsumme wurde als relativ. Die Ultimo-regulierung ist glatt verlaufen. Am Kassamarkt wurde die Konjunkturalentwicklung bekräftigt. Am späteren Beizmarkt befestigte sich die Tendenz leicht, so daß die meisten Kurse ungetrübt den Stand vom Sonnabend behaupten konnten. Renten anlässlich niedriger, höher auf Kaufkraft leicht gehoben. Eisenbahnen sehr still, österreichische nachgebend. Bergwerke ziemlich beibehalten. Wachstumsverläufe bei starkem Angebot 3 Proz., Laurabütte ziemlich behauptet.

Triumph-Seife